



Aktueller Begriff

Vor 100 Jahren: Anbringung des Schriftzuges „Dem deutschen Volke“ am Reichstagsgebäude im Dezember 1916

Zwischen dem 20. und 24. Dezember 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, wurde über dem Westportal des bereits 1894 fertiggestellten Reichstagsgebäudes der Schriftzug „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ in Großbuchstaben angebracht. In den Jahren zuvor waren wiederholt verschiedene Vorschläge für eine Inschrift am Reichstagsgebäude erörtert und auch in der Öffentlichkeit teilweise intensiv diskutiert worden. Die endgültige Entscheidung zur Anbringung dieser Widmung fiel erst, als Kaiser Wilhelm II. sein Einverständnis gab.

Die Idee für den Schriftzug „Dem deutschen Volke“ stammt sehr wahrscheinlich vom Architekten Paul Wallot, nach dessen Plänen das Reichstagsgebäude von 1884 bis 1894 erbaut wurde. In zahlreichen Veröffentlichungen vor der Fertigstellung war dieser Schriftzug auf Darstellungen auch deutlich zu sehen. Bei der Eröffnung des Gebäudes am 5. Dezember 1894 fehlte aber eine Inschrift auf dem dafür vorgesehenen Feld unter dem Giebel des Haupteingangs. Die dafür zuständige Reichstagsbaukommission hatte 1893 mehrfach über diese Inschrift sowie Alternativvorschläge diskutiert und letztlich beschlossen, ganz darauf zu verzichten. Gegen die geplante Inschrift wurde dabei vorgebracht, dass das deutsche Volk über seine Volksvertreter praktisch der Bauherr sei und sich das Gebäude nicht selbst widmen könne.

Im Dezember 1894 wurde in mehreren Zeitungen spekuliert, warum der für eine Inschrift vorgesehene Platz leer geblieben war. Dabei wurde auch berichtet, dass sich die Reichstagsbaukommission mit dieser Inschrift einverstanden erklärt habe. Einige Journalisten argumentierten, dass eine Inschrift nicht notwendig oder die geplante nicht passend sei. Es wurden weiterhin verschiedene, meist nicht ernst gemeinte Gegenvorschläge gemacht. Außerdem wurde vermutet, dem Kaiser habe die geplante Inschrift auf Grund seiner Distanz zum Parlamentarismus nicht gefallen und er habe deshalb bei der Verhinderung mitgewirkt. In der Reichstagsitzung am 13. Dezember 1894 bemängelte und hinterfragte auch der Abgeordnete Friedrich Payer das Fehlen der Inschrift, allerdings ohne Folgen.

Am 10. Januar 1895 erklärte die Reichsregierung, dass über die Inschrift „allerhand Mitteilungen durch die Presse“ liefen, die geeignet seien, „irrig Vorstellungen zu bereiten“. Tatsächlich sei die Entscheidung nur ausgesetzt worden und stehe demnächst auf der Tagesordnung der Reichstagsbaukommission. Der ursprüngliche Vorschlag des Architekten zur Anbringung einer Inschrift sei bei der Ausarbeitung des Bauplans zunächst nicht weiter verfolgt worden. In der Kommission seien später verschiedene Vorschläge gemacht worden, „ohne dass einer derselben allgemeinen Anklang gefunden hätte“. Unzutreffend sei, dass „Seine Majestät der Kaiser“ die „Ausführung des Wallotschen Vorschlages“ nicht zugelassen habe. Vielmehr sei er „in dieser Frage noch nie angerufen worden“ und „eine allerhöchste Willensäußerung“ sei „bisher nicht ergangen“.

Am 19. Januar 1895 befasste sich die Reichstagsbaukommission mit der Inschrift. Bei dieser Sitzung scheint kein Mitglied der Kommission, zu denen auch Reichstagsabgeordnete gehörten, für den Vorschlag „Dem deutschen Volke“ eingetreten zu sein. Stattdessen einigte sie sich mit sieben zu fünf Stimmen als Kompromiss auf die Inschrift „Dem Deutschen Reich“. Laut einer Zeitungsmeldung habe der Kaiser anschließend geäußert, er spreche sich weder für noch gegen eine bestimmte Fassung aus. Tatsächlich soll er aber die Formulierung „Der Deutschen Einigkeit“ bevorzugt haben. Die Entscheidung der Kommission wurde jedoch nicht umgesetzt und der dafür vorgesehene Platz unter dem Giebel blieb weiterhin leer. In den folgenden 20 Jahren wurde die fehlende Inschrift weder im Reichstag noch in der Presse erneut thematisiert.

Im August 1915 wurde das Thema wieder aufgegriffen, als in einem Zeitungsartikel die Anbringung der Inschrift „Dem deutschen Volke“ vorgeschlagen wurde, um dem zunehmenden Vertrauensverlust des Volkes in Regierung und Monarchie entgegenzuwirken. Hintergrund war der genau ein Jahr zuvor begonnene Erste Weltkrieg, der bereits länger dauerte als behauptet und mittlerweile unerwartet viele Opfer gefordert hatte. Der Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Arnold Wahnschaffe empfahl daraufhin eine schnelle Übernahme dieses Vorschlags, bevor in der Presse oder im Reichstag wieder eine entsprechende Diskussion aufkäme. Das Erscheinen der Inschrift „würde gut wirken und Seiner Majestät gedankt werden“.

Die Abstimmung mit dem Kaiser ergab, dass kein Widerspruch erhoben würde, falls die Reichstagsauschmückungs-Kommission – die ab 1898 an die Stelle der Reichstagsbaukommission getreten war – diese Inschrift beschlösse. Reichstagspräsident Johannes Kaempf informierte die Abgeordneten in der Plenumsitzung am 27. August 1915, dass diese Inschrift „nunmehr an diesem Hause“ angebracht würde. Dies geschehe „auf Anregung und direkten Antrag des Herrn Reichskanzlers“, dem dafür Dank geschuldet sei. Die Abgeordneten reagierten laut dem Sitzungsprotokoll mit „lebhaftem Beifall“.

Der Architekt und Jugendstilkünstler Peter Behrens gestaltete den Schriftzug, der aus 60 Zentimeter hohen Buchstaben erstellt wurde. Dafür genehmigte Wilhelm II. die Herausgabe von zwei in den Befreiungskriegen gegen Frankreich (1813 – 1815) erbeuteten Kanonen zum Gießen der Buchstaben aus Bronze. Die Schriftart war im Vorfeld Gegenstand intensiver, auch öffentlich geführter Diskussionen. Behrens fand einen Kompromiss und umging beispielsweise mit der Wahl von Großbuchstaben die Frage der Groß- oder Kleinschreibung des Adjektivs „deutsch“.

Die Bronzegießerei Loevy, ein jüdisches Familienunternehmen, übernahm die Ausführung dieser Arbeit. Das 1855 gegründete Unternehmen produzierte vor allem Tür- und Fensterbeschläge sowie Beschriftungen für private Auftraggeber und repräsentative Staatsbauten. Dazu gehörten auch – über einen Zwischenhändler – nationalsozialistische Regierungsneubauten wie 1938 die Neue Reichskanzlei. 1939 wurde das Unternehmen „arisiert“, das heißt zwangsweise und weit unter dem tatsächlichen Wert verkauft. Der letzte Firmeninhaber Ernst Loevy und weitere Mitglieder der Familie wurden zwischen 1942 und 1944 von den Nationalsozialisten ermordet. Andere Familienmitglieder konnten 1939 fliehen und emigrierten in die USA.

Quellen und Literatur

- Braun, Helmuth F.; Dormmann, Michael (Hrsg.). „Dem Deutschen Volke“: Die Geschichte der Berliner Bronzegießer Loevy. Herausgegeben im Auftrag des Jüdischen Museums Berlin. Köln 2003.
- Cullen, Michael S. Der Reichstag: Parlament – Denkmal – Symbol. Berlin 1995.
- Deutscher Bundestag. Der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude. Berlin 2015. Seite 226 – 227.